

Anfrage Setz Isenegger Melanie und Mit. über den aufkommenden Subventionswettbewerb im Kanton Luzern

eröffnet am 30. Januar 2024

Gemäss dem Think Thank «Avenir Suisse» wird der Steuerwettbewerb in Zukunft zu einem Subventionswettbewerb verkommen. Als Abfederung der Mindeststeuer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) suchen die Kantone neue Massnahmen und (finanzielle) Möglichkeiten, um kapitalstarke, hochmobile Unternehmen anzulocken. Zahlreiche Kantone sind daran, in der Schweiz bisher nicht angewandte Steuergutschriften, sogenannte «Qualified Refundable Tax Credits» oder Förderbeitragssysteme, zu prüfen. Solche Geschenke an Grosskonzerne, finanziert durch Steuergelder, werden der Bevölkerung als Standortmassnahmen verkauft. Auch Bundesrätin Karin Keller Sutter äussert sich in einem Interview mit der NZZ am Sonntag kritisch: «Subventionen sind ein süsses Gift. Sie sind nicht nachhaltig.»

Der Kanton Luzern hat im Rahmen der Steuergesetzrevision 2025 bereits 8 Millionen Franken für nichtfiskalische Standortförderungsmassnahmen vorgesehen. In Bezug auf konkrete Vorhaben für deren Verwendung bleibt die Regierung bisher sehr vage. Weiter ist geplant, das Wirtschaftsförderungsgesetz des Kantons Luzern für die Konkurrenzfähigkeit des Kantons fit zu machen. Auch hierzu sind, Stand heute, noch keine genaueren Massnahmen bekannt geworden.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Aktuell sind Anpassungen beim Wirtschaftsförderungsgesetz im Gange. Wann ist geplant, den Kantonsrat und die Öffentlichkeit über die konkreten Massnahmen zu informieren? Auf wann ist mit einer Vernehmlassung zu rechnen?
2. Sind bereits konkrete sogenannte «nichtfiskalische Massnahmen» bekannt?
3. Wie steht die Regierung zu Förderbeiträgen an Unternehmungen? Worin sieht sie Vor- und Nachteile?
4. Ist geplant, dass die allfälligen Standortmassnahmen auch der breiten Luzerner Bevölkerung einen Nutzen bringen (z. B. Investitionen in öV, Schulinfrastrukturen, Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung usw.)?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat die Tatsache, dass die Mehreinnahmen der OECD-Steuerreform entgegen deren Zielsetzung grösstenteils wohl nicht der breiten Bevölkerung zugutekommen, sondern mittels Subventionen wieder an die Unternehmen zurückfliessen? Welche Vor- und Nachteile sieht die Regierung in diesem Vorhaben?

Setz Isenegger Melanie

Brunner Simone, Ledergerber Michael, Meier Anja, Schuler Josef, Widmer Reichlin Gisela, Fleischlin Priska, Galbraith Sofia, Bühler-Häfliger Sarah, Sager Urban, Muff Sara, Schneider Andy, Pilotto Maria, Pardini Gianluca, Zbinden Samuel, Koch Hannes, Heselhaus Sabine, Kummer Thomas